

# Großbritannien plant Lizenzen für Online-Casinos

Die britische Regierung will das Glücksspielwesen im Internet regulieren und plant Lizenzen für Online-Casinos, berichtet BBC News. Damit sei Großbritannien das erste große Land, das eine derartige Regulierung einführen wolle. Sportminister Richard Caborn begründete die Pläne damit, Glücksspieler schützen und Internetkriminalität auf diesem Gebiet vermeiden zu wollen. Die Regierung wolle keineswegs einfach nur „Steuern abgreifen“.

BBC zitiert Kultur-Staatssekretärin Tessa Jowell, die hofft, einige Firmen würden sich in Großbritannien niederlassen. Bisher haben Glücksspielanbieter ihren Sitz hauptsächlich in Steuerparadiesen wie Gibraltar, Antigua und Costa Rica, während es in Großbritannien bereits 70 Anbieter von Online-Sportwetten gibt. Durch den Zuzug zum Inselkönigreich könnten sich einige zusätzliche Einnahmen für den britischen Staatssäckel ergeben, Hauptbeweggrund sei aber die „Qualitätssteigerung“ des Online-Gewinnspiels und der Schutz der britischen Bürger. Dies wolle die Regierung durch Auflagen erreichen, nach denen beispielsweise keine Kinder angesprochen werden dürften und die Online-Zocker jederzeit darüber informiert würden, wie viel Geld sie bereits gelassen haben.

Am gegenüberliegenden Ufer des Atlantik, in den USA, wird derzeit ein massiver Druck auf Internet-Sportwetten und Online-Glücksspiel ausgeübt. Anfang vorigen Monats passierte ein Gesetz das US-Parlament, das Internet-Zockerei eindämmen soll. Chefs von Online-Casinos wurden unter dem Vorwurf festgenommen, sie hätten illegales Glücksspiel veranstaltet und Geld am US-Fiskus vorbeigeschleust. Großbritannien wolle sich aber nicht als Unterschlupf für Casino-Betreiber anbieten, sondern von ihnen verlangen, dass sie sich an Gesetze in anderen Ländern halten, in denen sie aktiv sind,

wird Caborn weiter zitiert.

In Deutschland steht vor allem der österreichische Anbieter bwin unter Druck. Er konnte aber kürzlich ein Verbot seiner Sportwetten vorerst abwehren. Ebenfalls im Oktober einigten sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf den Erhalt des staatlichen Glücksspiel-Monopols. Der neue Staatsvertrag soll die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen. Dies hatte das staatliche Wettmonopol nur für zulässig erklärt, wenn auch die Anbieter ihren Beitrag zur Bekämpfung der Spielsucht leisten würden.